

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 3. Juni 1966

A 22127 C

Nummer 22

Die Geldeinnahmen der Bevölkerung in Mitteldeutschland seit 1960

Der Versuch, die Einkommen der mitteldeutschen Arbeitnehmer und der übrigen sozialen Gruppen darzustellen, stößt wegen unergiebigere amtlicher Statistiken¹⁾ und unzureichender sonstiger Daten auf erhebliche Schwierigkeiten. Trotz der lückenhaften Informationen kann jedoch ein Einblick in Entwicklung und Struktur der Einkommen anhand der makroökonomischen Größe „Geldeinnahmen der Bevölkerung“ gewonnen werden. Die Entwicklung dieser Größe wird staatlich geplant und mit wichtigen Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes — vor allem mit dem vorgesehenen Zuwachs des privaten Verbrauchs — koordiniert.

Die *Geldeinnahmen* haben eine gewisse Ähnlichkeit mit dem *Gesamteinkommen der privaten Haushalte*²⁾ (Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, der Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen sowie der empfangenen laufenden Übertragungen), das im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik ausgewiesen wird. Sie sind mit diesem aber nicht unmittelbar vergleichbar. Beide Größen, *Geldeinnahmen* und *Gesamteinkommen*, weichen im folgenden voneinander ab: Einmal werden in den *Geldeinnahmen* als Geldbilanzgröße einer Brutto-rechnung neben den Bruttogeldeinkommen auch alle monetären Zuflüsse erfaßt, die keinen Einkommenscharakter besitzen, z. B. Einnahmen aus Teilzahlungskrediten, Lotteriegewinnen u. a. Zum anderen fehlen alle Einkommensteile, die nicht als monetäre Transaktionen in Erscheinung treten (z. B. Eigenverbrauch der Landwirtschaft, unterstellte Nettomieten für die Eigenheime). Ein erheblicher quantitativer Unterschied ergibt sich aus dem unterschiedlichen Gewicht der unverteilteten Gewinne. Diese werden in der Bundesrepublik — soweit sie nicht in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit verbleiben — den privaten Haushalten zuge-rechnet. In Mitteldeutschland hat dagegen der Sektor „Private Unternehmen“ nur noch geringe

Bedeutung, und die hier entstehenden unverteilteten Gewinne sind nahezu bedeutungslos.

Da sich in dem hier betrachteten Zeitraum die Belastung durch direkte Steuern und Sozialver-sicherungsbeiträge kaum verändert hat (durch-schnittlich 12 vH der Geldeinnahmen), stimmen die Entwicklungstendenzen der Bruttogröße „Geldein-nahmen“ weitgehend mit denen der Nettogeldein-nahmen überein, die in der einschlägigen Literatur³⁾ als „Geldeinkommen“ bezeichnet werden.

Die Entwicklung seit 1960

Das hier vorgelegte Zahlenmaterial ist in der Aufteilung nach sozioökonomischen Gruppen aus den verschiedensten Quellen zusammengetragen worden. Für die Gesamtgröße sowie für die Geld-einnahmen der Arbeiter und Angestellten — als Hauptposten — wie auch für die der Rentner, Studenten und Schüler lagen ausreichende Infor-mationen vor. Die Geldeinnahmen der LPG- und PGH-Mitglieder wurden aufgrund von Einzelan-gaben⁴⁾ errechnet. Als Restposten wurden die Geld-einnahmen der übrigen Bevölkerung („freischaf-fende Intelligenz“, selbständig Erwerbstätige) er-mittelt und durch Kontrollrechnungen überprüft.

Im Vergleich zu der Zeit von 1955 bis 1960, in denen die Geldeinnahmen der Bevölkerung noch um 7 vH im Jahresdurchschnitt gestiegen sind, hat sich das Wachstumstempo in dem betrachteten Zeit-raum merklich verlangsamt. Die Geldeinnahmen haben sich jährlich nur noch um 2,4 vH erhöht. Das nach den Absperrungsmaßnahmen vom August 1961 ins Leben gerufene „Produktionsaufgebot“, das eine Kürzung der Normzeitvorgaben für die Arbeiter und damit Lohnkürzungen mit sich brachte, führte im Jahre 1962 zusammen mit den erntebedingten

¹⁾ Vgl. A. Lachnit: „Die statistische Beobachtung und Auswertung der Geldeinkommen der Haushaltungen der Bevölkerung in der DDR“, Dissertation, Berlin (Ost), 1962.

⁴⁾ Vgl. u. a. Planerfüllungsberichte 1960/65; Begründungen der Volkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne; Neues Deutschland vom 27. 2. 1966 über den IX. Deutschen Bauernkongreß; Einheit Nr. 1/1966, S. 54-60.

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 16/17, 1963.

²⁾ Vgl. Stat. Jahrbuch der BRD 1965, S. 565.

Die Geldeinnahmen der mitteldeutschen Bevölkerung nach sozioökonomischen Gruppen
Berechnungen und Schätzungen des DIW

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1960	1961	1962	1963	1964	1965
	in Mrd. MDN						in vH					
Geldeinnahmen d. Arbeiter u. Angestellten ¹⁾	44,5	46,0	45,3	45,5	47,0	48,6	68,5	68,5	68,6	68,1	66,9	66,4
Aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge . .	39,0	40,5	39,9	40,3	41,8	43,2	60,0	60,3	60,4	60,3	59,5	59,0
Sonstige Lohn Einkünfte ²⁾	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	2,8	2,5	2,4	2,3	2,0	1,9
Sozialeinkommen ³⁾	2,3	2,3	2,4	2,3	2,3	2,4	3,5	3,4	3,6	3,4	3,3	3,3
Sonstige Geldeinnahmen ⁴⁾	1,4	1,5	1,4	1,4	1,5	1,6	2,2	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2
Geldeinnahmen d. Genossenschaftsmitglieder	10,1	10,3	9,9	10,5	11,9	13,2	15,5	15,3	14,9	15,7	16,9	18,1
LPG-Mitglieder ⁵⁾	8,4	8,3	7,9	8,4	9,6	10,8	12,9	12,3	11,9	12,6	13,6	14,8
PGH-Mitglieder ⁶⁾	1,7	2,0	2,0	2,1	2,3	2,4	2,6	3,0	3,0	3,1	3,3	3,3
Geldeinnahmen der Rentner, Studenten, Schüler	5,9	6,1	6,2	6,4	7,1	7,2	9,1	9,1	9,4	9,6	10,1	9,8
Renten	5,5	5,7	5,8	6,0	6,7	6,8	8,5	8,5	8,8	9,0	9,5	9,3
Stipendien u. sonst. Ausbildungsbeihilfen ⁷⁾	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
Geldeinnahmen der übrigen Bevölkerung ⁸⁾	4,5	4,8	4,7	4,4	4,3	4,2	6,9	7,1	7,1	6,6	6,1	5,7
Geldeinnahmen der Bevölkerung insgesamt	65,0	67,2	66,1	66,8	70,3	73,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter und Soldaten. — ²⁾ Prämien, Lohn- und Sonderzuschläge, Weihnachtsgratifikationen, Krankengeldzuschüsse der Betriebe. — ³⁾ Krankengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Ehegatten- und Kinderzuschläge, Geburtsbeihilfen, Geldzuwendungen von gesellschaftlichen Organisationen (FDGB) usw. — ⁴⁾ Zinsen aus Spareinlagen, Einnahmen aus Lotterien und Versicherungen, Inanspruchnahme von Teilzahlungskrediten usw. — ⁵⁾ Geldeinkünfte aus Arbeit, Bodenanteilen, individueller Hauswirtschaft einschl. Sozialeinkommen und sonstige Geldeinnahmen. — ⁶⁾ Geldeinnahmen aus Arbeit, Nettogewinnanteilen einschl. Sozialeinkommen und sonstige Geldeinnahmen. — ⁷⁾ Stipendien, Erziehungsbeihilfen einschl. Sozialeinkommen und sonstige Geldeinnahmen. — ⁸⁾ Geldeinnahmen der Selbständigen, der Unternehmer mit staatlicher Beteiligung, der Kommissionshändler einschl. Sozialeinkommen und sonstige Geldeinnahmen.
Quellen: Statistische Jahrbücher, Jahrbücher und Gesetzbücher der DDR; Planerfüllungsberichte, Begründungen der Volkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne. — W. Heinrichs: „Ökonomik des Binnenhandels der DDR“, Berlin 1961; Autorenkollektiv: „Das Finanzsystem der DDR“, Berlin 1962; A. Keck: „Die volkswirtschaftliche Bilanzierung der Geldeinnahmen . . .“, Berlin 1962; „Einheit“ Nr. 3/1966; Wirtschaftswissenschaft Nr. 2/3/1964.

Einkommensausfällen der LPG-Mitglieder zu einem Einkommensrückgang im privaten Bereich. Im Jahre 1963 war die Einkommenserhöhung der privaten Haushalte äußerst schwach. Sie kam zum überwiegenden Teil der Landwirtschaft zugute und hatte ihren Ursprung in einer höheren Erzeugung tierischer Produkte. Ein nennenswertes Ansteigen der Löhne wurde dadurch verhindert, daß die bereits 1961/62 gekürzten Normzeitvorgaben nochmals herabgesetzt wurden, und zwar soweit, daß sie den „Bestzeiten“⁵⁾ des jeweiligen Industriezweiges entsprachen. Effektive Verdiensteinbußen wurden dabei durch die Gewährung von Ausgleichszulagen vermieden („fester DM-Betrag“). Die in den Jahren 1964 und 1965 zu verzeichnenden Steigerungsraten der Geldeinnahmen (1964: 5,2 vH; 1965: 4,1 vH) zeigen, daß auch in diesen Jahren der Bevölkerung nur geringe Einkommenserhöhungen bewilligt worden sind. Am stärksten beteiligt an dem Einkommenszuwachs dieser Jahre waren wegen der reichlicheren Produktionsergebnisse die in der Landwirtschaft Beschäftigten, d. h. in der Hauptsache die LPG-Mitglieder, im Jahre 1964 außerdem die Rentner wegen der in diesem Jahre erfolgten Rentenerhöhung⁶⁾. Lohnerhöhungen hielten sich auch in den Jahren 1964/1965 in bescheidenen Grenzen. Die „Bestzeiten“-Anordnung wurde zwar 1964 außer Kraft gesetzt, und es fand wieder eine Orientierung an „technisch begründeten“ Arbeitsnormen statt. Offiziell wurde jedoch zugegeben, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht in der Lage war, diese Normen zu erfüllen, die sich keinesfalls immer als „technisch begründet“ erwiesen, und daß daher die geplanten Lohnfonds sowohl im Jahre 1964 als auch im Jahre 1965 nicht ausgeschöpft worden sind⁷⁾. Im Zusammenhang mit den zu hohen Normen stehen auch die schon seit 1961 rückläufigen

Zahlungen aus den Betriebsprämienfonds. So war das Wachstum der Geldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten sowohl im Jahre 1964 (+ 3,3 vH) als auch im Jahre 1965 (+ 3,4 vH) im Vergleich zu den gesamten Geldeinnahmen unterdurchschnittlich.

Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1961	1962	1963	1964	1965
Geldeinnahmen der Arbeiter u. Angestellten	3,4	-1,5	0,4	3,3	3,4
Genossenschaftsmitglieder	2,0	-3,9	6,1	13,3	10,9
Rentner, Studenten, Schüler	3,4	1,6	3,2	10,9	1,4
übrigen Bevölkerung	6,7	-2,1	-6,4	-2,3	-2,3
Geldeinnahmen insgesamt	3,3	-1,6	1,1	5,2	4,1

Obwohl sich die Rangfolge der Anteile der einzelnen sozioökonomischen Gruppen an den gesamten Geldeinnahmen im Untersuchungszeitraum nicht geändert hat, sind nicht unwesentliche strukturelle Verschiebungen eingetreten. Sie beruhen einmal auf Umschichtungen innerhalb der sozioökonomischen Struktur der Bevölkerung, zum anderen auf einer unterschiedlichen Entwicklung der Individual-einkommen. So ist der Anteil der Geldeinkünfte der Arbeiter und Angestellten an den Geldeinnahmen der Bevölkerung von 1960 bis 1965 von 68,5 vH auf 66,4 vH zurückgegangen. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich in dieser Zeit etwas vermindert und die Individualeinkommen sind nur sehr wenig gestiegen. Demgegenüber ist die starke Ausweitung (gegenüber 1960 um über 40 vH) und damit auch anteilmäßige Erhöhung der Geldeinkünfte der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks von 2,6 vH der Geldeinnahmen im Jahre 1960 auf 3,3 vH im Jahre 1965 zu einem großen Teil auf die starke Zunahme der PGH-Mitglieder im gleichen Zeitraum (+ 28 vH) zurückzuführen. Bei den Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist der Anstieg von knapp

⁵⁾ Vgl. GBl. der DDR, Teil II/1962, Nr. 81.

⁶⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 18/1965.

⁷⁾ Vgl. G. Muth: „Arbeitsnormen, Arbeitsinteressen und die Gewerkschaften“. In: „Die Arbeit“ Nr. 7/1965.

13 vH der Geldeinnahmen im Jahre 1960 auf knapp 15 vH im Jahre 1965 sowohl auf das gestiegene Gewicht dieser Gruppe (Zunahme: 8 vH), als auch auf die günstiger gewordenen Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktion, d. h. auf erhöhte Einkommen je Beschäftigten zurückzuführen. Die genossenschaftlichen Einkünfte insgesamt spielten somit im Jahre 1965 eine größere Rolle als im Jahre 1960. Ferner macht sich deutlich die sinkende Tendenz der Geldeinnahmen der übrigen Bevölkerung bemerkbar, die sich zum Teil aus dem ständigen Schrumpfen dieser Gruppe erklärt. Das trifft neben den privaten Handwerkern, deren Zahl sich durch den Eintritt in PGH ständig vermindert, ebenso auf die letzten Einzelbauern und Gärtner zu wie auch auf die noch Selbständigen in der Industrie. Bei den Groß- und Einzelhändlern ist nur eine Umschichtung innerhalb der gleichen sozioökonomischen Gruppe, von privaten Händlern zu Kommissionshändlern, zu verzeichnen. Das in dem Zeitraum von 1960 bis 1965 gestiegene Gewicht der Renten (1960: 8,5 vH der Geldeinnahmen; 1965: 9,3 vH) ist einmal auf die im Januar 1964 erfolgte Rentenerhöhung zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die von Jahr zu Jahr größer werdende Zahl der Rentenfälle, die sich aus der Altersstruktur der mitteleutschen Bevölkerung ergibt⁹⁾.

Ausblick

Die mitteleutsche Wirtschaftsführung hat es in den vergangenen Jahren in Übereinstimmung mit ihren Planzielen verstanden, die Ausdehnung der Einkommen im privaten Bereich in bescheidenen Grenzen zu halten. Einer Erhöhung des „National-einkommens“ (Nettosozialprodukt ohne Dienstleistungen) um 19,1 vH in dem hier betrachteten Zeitraum stand eine Steigerung der Geldeinnahmen der Bevölkerung um nur 12,6 vH gegenüber. Inwieweit die auf dem Gebiet der Löhne und Prämien — den wichtigsten Einkommensarten — geplanten und zum Teil schon in Angriff genommenen Neuerungen die zukünftige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte beeinflussen werden, bleibt abzuwarten. Trotz gewisser Unterschiede ist diesen *neuen Lohnformen* gemeinsam, daß der garantierte Grundlohn weit unter dem bisher erzielten Effektivverdienst liegt. Die Differenz zwischen Grundlohn und erzieltm Effektivverdienst, der sogenannte *leistungsgebundene Teil*, wird nur bei Erfüllung bestimmter, vom einzelnen Arbeiter oft nicht beeinflusbarer Voraussetzungen (z. B. Erfüllung des betrieblichen Produktionsplanes) gewährt. Diese Art der Entlohnung, durch die die Leistungen der Einzelnen und des Kollektivs stimuliert werden sollen („ökonomische Hebel“), bedeutet für die Arbeiter eine starke Lohnunsicherheit.

Die bedeutsamste Neuregelung hinsichtlich der Verwendung der Prämienfonds, deren Volumen

zunehmend von betrieblichen Leistungskoeffizienten abhängt, ist die Anordnung, die Mittel in der Hauptsache für die Jahresendprämie zu benutzen, die damit zur Hauptform der Prämierung wird. Nur in Einzelfällen sollen noch überdurchschnittliche Einzel- und Kollektivleistungen sofort prämiert werden. Auch für die Empfänger der bisherigen „leistungsabhängigen Gehälter“⁹⁾ soll schon in diesem Jahr schrittweise die Jahresendprämie eingeführt werden.

In den übrigen Bereichen wird die Einkommensentwicklung weiterhin stark von den zahlenmäßigen Veränderungen der einzelnen sozioökonomischen Gruppen mitbeeinflusst werden. Neben einer weiterhin steigenden Zahl der Rentner ist vor allem auf die Entwicklung der Mitgliederzahl in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks hinzuweisen, die infolge der seit April dieses Jahres erhöhten steuerlichen Belastung der kleinen privaten Handwerksbetriebe wieder verstärkt zunehmen dürfte. Vor allem deshalb wird die Gruppe der „übrigen Bevölkerung“ und das ihr insgesamt zufließende Einkommen aller Wahrscheinlichkeit nach weiter schrumpfen.

Die Umschichtungen innerhalb der mitteleutschen Bevölkerung erfolgen längerfristig von Bereichen relativ hoher Durchschnittseinkommen zu Bereichen mit einem niedrigeren Einkommensniveau (von Erwerbstätigen zu Rentnern; von der „übrigen Bevölkerung“ zu den Genossenschaftsmitgliedern). Daraus ergibt sich tendenziell ein negativer Struktureffekt auf die Einkommen, aus der zunehmenden Zahl der Rentner allerdings gleichzeitig auch auf die Produktion. Die von den strukturellen Wandlungen ausgehenden Wirkungen kommen damit den Zielen der mitteleutschen Wachstumspolitik, die auch mit Hilfe der Einkommenspolitik verwirklicht werden sollen, nur teilweise entgegen.

Die Wirtschaftsplaner haben für die Zeit des neuen „Perspektivplans“ bis 1970 ein überproportionales Wachstum der Investitionen bei unterdurchschnittlichem Wachstum des Verbrauchs vorgegeben und versuchen, die Einkommensentwicklung mit diesen Zielen abzustimmen. Stärkere jährliche Zuwachsraten der Nominaleinkommen als in den vergangenen zwei Jahren werden daher nur dann zu erwarten sein, wenn entweder der Landwirtschaft eine weitere — und nicht vorhersehbare — starke Produktions- und damit Einkommenssteigerung gelingt oder wenn es im Rahmen der laufenden Preisreformen doch notwendig werden sollte, Änderungen im Niveau und in der Struktur der Verbraucherpreise vorzunehmen, die dann durch entsprechende Zulagen zu den Arbeits- und Sozialeinkommen ausgeglichen werden müßten.

⁹⁾ Gehälter, die sich aus einem Fixum und einem leistungsabhängigen Teil zusammensetzen, z. B. die Gehälter der Direktoren und leitenden Angestellten der VEB.

⁸⁾ Vgl. dazu Wochenbericht des DIW Nr. 18/1965.

Zur Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung in Indien

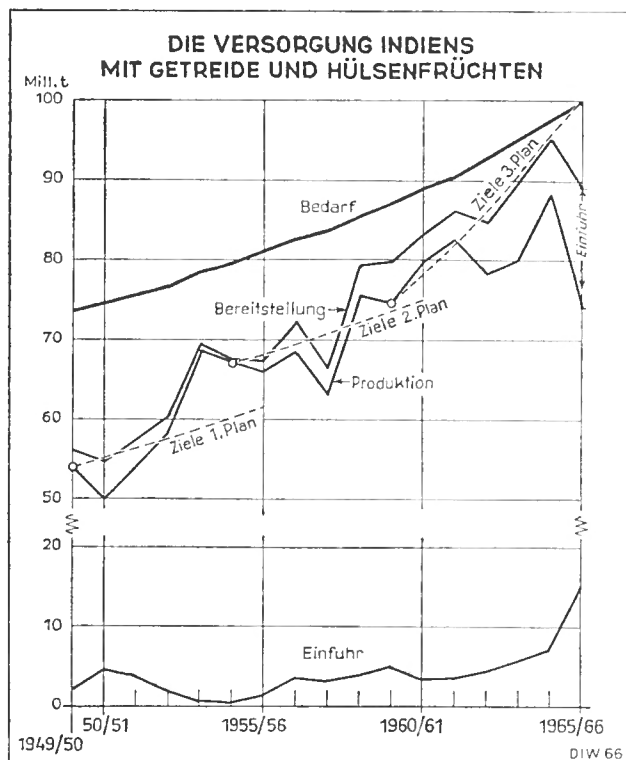
Der gegenwärtige Übergang vom dritten zum vierten Fünfjahresplan in Indien steht unter dem Zeichen einer allgemeinen Mißernte, die allein bei Getreide und Hülsenfrüchten für die menschliche Ernährung einen Rückstand von 26 Mill. t gegenüber dem für 1965/66 geplanten Produktionsziel von 100 Mill. t verursacht hat. Da die Bereitstellung dieser Nahrungsmittel in keinem der vorangegangenen Jahre ausgereicht hat, um über den Ernährungs- und Saatgutbedarf hinaus nennenswerte Vorräte zum Ausgleich von Fehlernten anzulegen, ist für die Nahrungsmittelversorgung Indiens jetzt eine sehr prekäre Situation entstanden. Sie kann durch zusätzliche Importe wahrscheinlich nur gemildert, aber nicht beseitigt werden.

Bisher war Indien bemüht, die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln vor allem durch eine Produktionssteigerung bei pflanzlichen Erzeugnissen zu erreichen, die wegen der Verbrauchsgewohnheiten des Landes mit 94 vH am Kalorienverbrauch der indischen Familie beteiligt sind¹⁾. Im Rahmen der seit 1950/51 abgewickelten ersten drei Fünfjahrespläne wurden bis 1964/65 insgesamt etwa 190 Mrd. Rs²⁾ investiert, von denen rund 40 Mrd. Rs oder 21 vH unmittelbar landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen zugute kamen. Die Durchführung dieser Programme, die sich auf die Agrartechnik, die Beratung der Produzenten und auf organisatorische Verbesserungen konzentrieren, hat sehr unterschiedliche Resultate erbracht.

Gute Erfolge ließen sich bei der Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche erzielen, die von 1950/51 bis 1965/66 um 14 vH — jährlich um etwa eine Million Hektar — ausgedehnt werden konnte. Ähnliches gilt für die Ausdehnung der Bewässerungskapazität, obwohl die plangemäße Ausnutzung der Bewässerungsanlagen häufig durch übermäßig lange Zeitspannen zwischen der Fertigstellung einzelner Projekte und ihrer Inbetriebnahme beeinträchtigt wird. Auch die Saatgutverbesserung und die Auswahl von für den Anbau in Indien besonders geeigneten Getreidesorten bzw. -varietäten hat ungeachtet des relativ späten Beginns derartiger Programme (1960/61) recht gute Fortschritte gemacht. Die Auswertung der auf diesem Gebiet z. B. mit chinesischen Reissorten, mexikanischem Zwergweizen und Hybridmais gewonnenen Erfahrungen wird aber noch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, da die Programme über das Versuchsstadium bislang noch nicht hinausgekommen sind.

Ausgesprochen ungünstig gestaltete sich jedoch die Versorgung der indischen Landwirtschaft mit Handelsdünger, dessen inländische Produktion die in den bisherigen Plänen gesteckten Ziele durchschnittlich nur zu 54 vH erreichte. Noch während des dritten Plans mußte Indien seinen Bedarf zu etwa 63 vH aus Importen decken. Trotz dieser hohen Importquote lag der tatsächliche Verbrauch von Handelsdünger mit 3,6 kg/ha im Jahre 1963/64 aber noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die speziell auf Änderung der traditionalistischen Verhaltensweisen der ländlichen Bevölkerung ausgerichteten Maßnahmen — staatliche Musterbetriebe und das Programm zur Entwicklung der Dorfgemeinschaft („Community Development“) — sind zunächst durchaus erfolgreich gewesen. Ihre positive Wirkung war freilich in vielen Fällen nicht von langer Dauer, weil es oft nicht möglich war, die



Erzeuger mit den zur Anwendung neuer Verfahren erforderlichen Produktionsmitteln zu versorgen. Hinzu kommt, daß sich die staatlich organisierte Beratung wegen Mangel an qualifiziertem Personal immer nur über zu kurze Zeiträume erstreckte, ganz abgesehen davon, daß sie bisher längst nicht alle der mehr als 550 000 Dörfer erfaßt hat. Nach dem Wegfall der staatlichen Initialzündung gewannen die herkömmlichen Gewohnheiten daher vielfach erneut die Oberhand: Dies um so mehr, als die Reform der sozialen Strukturen und Eigentumsverhältnisse auf dem Lande, die für dauerhafte Änderungen erforderlich gewesen wäre, nicht nachhaltig genug vorangetrieben oder überhaupt nicht in Angriff genommen wurde.

So ist die längst überfällige Flurbereinigung ebenso wie die Bodenreform nur sehr schleppend vorangekommen, weil einmal die katastermäßige Erfassung des ländlichen Grundbesitzes in weiten Teilen des Landes unvollständig ist, und weil sich zum anderen die Grundbesitzer der im Zuge der Reform verordneten Begrenzung des Grundeigentums („ceiling“) vielfach durch die Gründung von Scheingenossenschaften zu entziehen vermochten. Ähnliche Erscheinungen zeigten sich im Zusammenhang mit der Neuregelung der ländlichen Pachtverhältnisse. Infolgedessen dürften die wirklichen

¹⁾ In der Bundesrepublik beträgt der entsprechende Anteil etwa 55 vH, freilich bei höherem Ernährungsstandard.

²⁾ Zu Preisen von 1960/61. 1 US-\$ = 4,30 indische Rupien.

Erfolge beim Aufbau des Genossenschaftswesens in Indien sehr viel kleiner sein, als es die amtlichen Statistiken über die Neugründungen vermuten lassen. Die Hoffnungen, die von der indischen Regierung in das Genossenschaftsprogramm gesetzt worden sind, wurden aber auch deswegen enttäuscht, weil die einzelnen Genossenschaften mit durchschnittlich 10 bis 50 Mitgliedern für eine sich selbst tragende moderne Farmwirtschaft zu klein sind. Sie sind daher auf staatliche Zuschüsse angewiesen, die nicht nur das psychologisch wichtige Ziel der Erziehung zur Selbsthilfe in Frage stellen, sondern zum großen Teil auch noch zweckentfremdet verwendet werden. Es ist nämlich bisher nicht gelungen, ihren Einsatz wirksam zu kontrollieren.

Trotz dieser Mängel hat die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion — von den nahezu regelmäßigen, witterungsbedingten Rückschlägen einmal abgesehen — in den vergangenen Jahren annähernd den Planzielen entsprochen. In den Endjahren der beiden ersten Fünfjahrespläne lag die Erzeugung der für die Ernährung des Landes wichtigsten Gütergruppen Getreide und Hülsenfrüchte („foodgrains“) sogar über den für diese Jahre projektierten Zielen.

Ausgehend von dem relativ guten Erntejahr 1949/50 hatte die zentrale Planungsinstanz für 1955/56 ein Produktionsziel von 61,6 Mill. t gesetzt. Die Ernte dieses Jahres ergab dann fast 66 Mill. t. Da in den beiden Vorjahren sogar noch günstigere Resultate erzielt werden konnten, mußte das für den zweiten Fünfjahresplan ausgearbeitete Produktionsziel von 75 Mill. t zu Beginn dieses Plans für durchaus erreichbar gehalten werden: Gegenüber der während des ersten Planjahrfünfts erreichten Produktionssteigerung von rund 22 vH wurden für das zweite nur noch knapp 12 vH vorgesehen³⁾. Ungeachtet dessen, daß die Ernten der ersten beiden Jahre des zweiten Planes zum Teil erheblich hinter dem geplanten Produktionstrend zurückblieben, überstieg die Erzeugung von „foodgrains“ aber auch im Endjahr dieses Planes das vorgesehene Ziel um fast 5 Mill. t. Selbst im ersten Jahr des dritten Planes folgte die Produktion mit knapp 83 Mill. t noch immer ihrem projektierten Trend. Im folgenden Jahr blieb sie freilich erheblich dahinter zurück und sank schließlich, nach einem scharfen Anstieg im Jahre 1964/65, auf den gegenwärtigen Tiefstand von 74 Mill. t.

Im Vergleich zu seinen Vorgängern hat der dritte Plan damit zu sehr ungünstigen Ergebnissen geführt. Bei ihrer Beurteilung muß aber berücksichtigt werden, daß die indische Landwirtschaft während seiner Laufzeit auch unter außergewöhnlich schweren Witterungsstörungen (verspätete oder unzureichende Monsunregen) zu leiden hatte, und daß seine Produktionsziele für „foodgrains“, die eine Steigerung von 75 auf 100 Mill. t vorsahen, erheblich anspruchsvoller waren als die Ansätze in den früheren Plänen.

Aus dem Vergleich zwischen den Zielen der einzelnen Fünfjahrespläne und den erreichten Produktionserfolgen — er vermittelt insgesamt durchaus ein Bild mit positiven Akzenten — darf aber nicht geschlossen werden, daß es in Indien ein Ernäh-

rungsproblem nur dann gibt, wenn witterungsbedingte Produktionsausfälle eintreten. Derartige Ausfälle bewirken nur eine Verschärfung der permanenten Ernährungskrise, die Indien nicht erst seit Planungsbeginn begleitet.

Das Versorgungs-Soll mit Getreide und Hülsenfrüchten je Tag und Einwohner wird auf rund 500 g geschätzt⁴⁾. Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung und bei Berücksichtigung des laufenden Bedarfs für Saatgut, Futterzwecke usw. entspricht das einem Gesamtbedarf an „foodgrains“ von gegenwärtig 100 Mill. t gegenüber 75 Mill. t vor 15 Jahren. Die inländische Produktion vermochte diesen Bedarf bisher aber nur zu durchschnittlich 80 vH zu decken. Die tatsächliche Versorgung wäre daher, wenn zur Bedarfsdeckung lediglich inländische Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten, erheblich unter ihrem „Soll“ geblieben. Jedoch wurden in jedem der zurückliegenden Jahre beträchtliche Mengen an Getreide und Hülsenfrüchten importiert.

Der größte Teil dieser Importe (seit 1955/56 im Durchschnitt 90 vH jährlich) wurde Indien im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe aus Überschubbeständen der USA geliefert. Der Rest wurde vorwiegend aus Australien und Kanada bezogen, die mit Indien dem System der amerikanischen Hilfe entsprechende Abkommen geschlossen haben. Kernstück dieser Verträge ist, daß Indien die empfangenen Lieferungen bis auf einen Anteil an den Transportkosten nicht mit Devisen, sondern mit heimischer Währung bezahlt. Diese Mittel werden der indischen Wirtschaft überwiegend in Form von Krediten zur Verfügung gestellt.

Trotz dieser Importe konnte die Lücke bei der Versorgung mit „foodgrains“ nicht vollständig geschlossen werden. Die Versorgung erreichte mit Hilfe der Einfuhren im Durchschnitt aller Jahre seit Planungsbeginn lediglich 85 vH der erforderlichen Menge; der Rest entspricht einem Defizit von durchschnittlich 11 Mill. t im Jahr.

Das ganze Ausmaß der bereits daraus resultierenden Unterernährung in Indien wird aber erst deutlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei diesen Zahlen um Durchschnittswerte handelt, hinter denen sich nicht nur zeitliche, sondern auch regionale und soziale Versorgungsunterschiede verbergen. Für große Teile der Bevölkerung ist das Versorgungsdefizit relativ noch sehr viel größer.

In Zeiten ungünstiger Ernten werden diese Unterschiede besonders fühlbar, weil sich der Zyklus der Produktionsschwankungen bisher fast immer unvermindert auch auf die laufende Bereitstellung übertragen hat: Die einzelnen Gliedstaaten der Indischen Union werden von schlechten Witterungsverhältnissen durchaus unterschiedlich betroffen, ohne daß es der indischen Regierung bisher gelungen wäre, den Folgen dieser unterschiedlichen Inzidenz — akuter Mangel in einigen Landesteilen bei relativen Überschüssen in anderen, Spekulation des Getreidehandels mit entsprechender Verstärkung des Preisauftriebs usw. — wirksam entgegenzutreten. Entsprechende Maßnahmen wurden zwar schon zu

⁴⁾ Quelle: Nutrition in India (1946-50), hrsg. v. Indian Council of Medical Research, New Delhi 1960. — Die angegebene Menge hat aber nur im Rahmen einer optimalen Ernährung Gültigkeit: Zusätzlich wären rund 900 g an sonstigen Nahrungsmitteln pflanzlichen und vor allem auch tierischen Ursprungs erforderlich, von denen aber nur etwa 250 g zur Verfügung stehen.

³⁾ Basis ist das letzte Haushaltsjahr vor Beginn des jeweiligen Plans.

Beginn des dritten Fünfjahresplans eingeleitet. Sichtbare Erfolge waren ihnen seither aber wegen zahlreicher institutioneller Schwierigkeiten noch nicht beschieden.

Inwieweit es in Zukunft möglich sein wird, derartige Mißstände zu beseitigen und eine ausreichende Versorgung Indiens mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten, kann gegenwärtig nur unter großen Vorbehalten geschätzt werden. Das Nächstliegende wäre natürlich, das auch in den folgenden Jahren zu erwartende Nahrungsmitteldefizit des Landes vollständig durch ausländische Hilfe, die dann erheblich gesteigert werden müßte, zu decken. Allein in der augenblicklichen Krise wären dazu mindestens 25 Mill. t an Getreide und Hülsenfrüchten erforderlich. Indien ist selbst aber gar nicht in der Lage, derartige Mengen innerhalb eines Jahres verkehrstechnisch und organisatorisch zu bewältigen. Die derzeitige maximale Entlade- und Transportkapazität seiner Häfen und Eisenbahnen beträgt nämlich 45 000 t täglich oder nur rund 15 Mill. t im Jahr und entspricht damit etwa dem, was es im laufenden Jahr an Importen zu erhalten hofft. Das bedeutet bereits eine ganz beträchtliche Steigerung gegenüber den Einfuhren der Vergangenheit, die sich zwischen vier und sieben Millionen t jährlich hielten.

Hier könnte indessen eine Neuorientierung der ausländischen Nahrungsmittelhilfe an Indien helfen. Es müßte versucht werden, die auch in Zukunft unvermeidlichen *Produktionsschwankungen* zu kompensieren, d. h. eine gleichmäßige Versorgung im Zeitablauf zu sichern. Dazu wäre erforderlich, daß ein Teil der Importe in guten Erntejahren zum Aufbau von Ausgleichslägern verwendet wird.

Im Ansatz wurde dieser Möglichkeit — allerdings erst im Jahre 1960 — in dem fünften Abkommen Rechnung getragen, das Indien mit den USA auf der Grundlage des Public Law 480 abgeschlossen hatte. Darin war vorgesehen, daß 25 vH der in diesem Vertrag vereinbarten amerikanischen Weizen-

lieferungen und die gesamte Reislieferung auf Ausgleichslager genommen werden sollten. Die Importe waren allerdings mit jährlich etwa 4 Mill. t so niedrig, daß sie in den beiden auf Vertragsschluß folgenden Jahren das damalige „foodgrain“-Defizit nur zu 30 bzw. 50 vH deckten. Sie wurden deshalb — trotz guter Ernten in diesen Jahren — fast vollständig dem Verbrauch zugeführt und eine ausreichende Lagerbildung unterblieb.

Eine wirksame Vorratsbildung wird daher nur dann möglich sein, wenn das Niveau der Einfuhren von „foodgrains“ merklich — und nicht nur im Gefolge von Mißernten — erhöht wird. Darüber hinaus müßten die Einfuhren besser als in der Vergangenheit mit den jährlichen Ernteergebnissen abgestimmt werden. Statt dessen zeigt sich das paradoxe Bild, daß die indischen Importe an Getreide und Hülsenfrüchten in sechs der insgesamt 15 Jahre von 1950/51 bis 1965/66 mit steigender Inlandsproduktion ebenfalls gestiegen bzw. mit sinkender Produktion gefallen sind. Der — abgesehen vom laufenden Jahr — größte Jahresimport Indiens seit Planungsbeginn fiel 1964/65 sogar mit der höchsten bisher erreichten Inlandsproduktion zusammen; die wünschenswerte Versorgungskontinuität wurde also durch die Einfuhren nur selten gesichert.

Wie immer sich die ausländische Nahrungsmittelhilfe an Indien aber auch entwickeln wird — die Hauptlast bei der Ernährung seiner zur Zeit um mehr als 12 Millionen jährlich wachsenden Bevölkerung wird das Land selbst tragen müssen. Die bisher erzielten Erfolge lassen hoffen, daß es der indischen Landwirtschaft nach Überwindung der derzeitigen Schwierigkeiten gelingen wird, der Selbstversorgung auch im vierten Fünfjahresplan näherzukommen. Ob dies, wie neuerdings beabsichtigt, bis zum Planabschluß 1970/71 erreicht werden kann, wird freilich nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Mängel, die bei der Landwirtschaftsplanung bisher zu verzeichnen waren, bis dahin beseitigt werden können.